

Ukraine: Meinungsumfragen in Kriegszeiten

Im Kern jedes Konflikts liegt ein Paradoxon. Die politischen Eliten behaupten, im Namen des Volkes zu handeln. Gewalthandlungen machen jedoch die Erfassung der öffentlichen Meinung unglaublich schwierig – derzeit zu sehen in der Ukraine. Wie zuverlässig sind die Umfragen angesichts der durch den Krieg bedingten Herausforderungen?

Von Kit Rickard

In allen Kriegen behaupten politische und militärische Führungsfiguren – ob staatliches Militär oder zersplitterte Rebellenetzwerke –, im Namen ihrer Anhängerschaft zu handeln. Sie rechtfertigen und legitimieren ihre Handlungen, die Anwendung von Gewalt und ihre Kriegsziele, indem sie sich verstärkt auf den Willen ihrer Wählerschaft berufen. In der vom Krieg gezeichneten Ukraine ist dies heute deutlich sichtbar.

Obwohl die Regimes der Ukraine und Russlands grundlegend verschieden sind, behaupten die politischen Eliten beider Seiten, die Ziele, die sie verfolgen, entsprechen dem Willen des ukrainischen Volkes. So sagte Präsident Wladimir Putin in seiner berühmt-berüchtigten Morgenrede vom 21. Februar 2022, die «Bestrebungen, die Gefühle und der Schmerz» der Menschen in der Ukraine hätten Russland veranlasst, die Unabhängigkeit der sogenannten Volksrepubliken im Donbass anzuerkennen.

Dies stellt die internationale Gemeinschaft, politische Entscheidungstragende und Fachpersonen vor eine grosse Herausforderung. Wie können wir wissen, was das ukrainische Volk wirklich will? Wie zuverlässig können in Konfliktzeiten Daten zur öffentlichen Meinung gesammelt werden? Wie können wir, die Beobachtenden, widersprüchliche Behauptungen in Einklang bringen?



Eine Frau in einem Wahllokal während den Präsidentschaftswahlen in dem Dorf Kosmach, Ukraine, im März 2019. *Kacper Pempel / Reuters*

Was die ukrainische Bevölkerung will, wird in den nächsten Monaten und Jahren wohl noch deutlicher in den Fokus rücken, da sie und ihre westlichen Unterstützer langsam kriegsmüde werden. Die Umfragen während des Krieges zeigen eine weiterhin hohe Unterstützung für den weiteren Widerstand gegen die russischen Aggressionen. Laut jüngsten Befragungen nimmt diese Zustimmung jedoch ab. Dies war zu erwarten, da die menschlichen Kosten des Krieges täglich steigen.

Das Vereinigte Königreich hat kürzlich weitere 3,2 Milliarden USD an Hilfsgeldern für die humanitäre, finanzielle und militärische Unterstützung zugesagt. Die geplante Zusage von US-Präsident Joe Biden von weiteren 60 Milliarden USD wird jedoch von den Republikanern im Kongress blockiert. Zudem schwelt ein Streit zwischen der Ukraine und einigen ihrer engsten Verbündeten. Erst im Dezember 2023 verpflichteten sich die Ukraine und Polen zur Lösung «problematischer»

Fragen, darunter die Blockade mehrerer Grenzübergänge durch polnische Lkw-Fahrer. Dieser Protest führte zu Engpässen bei lebenswichtigen militärischen Gütern für die ukrainische Front.

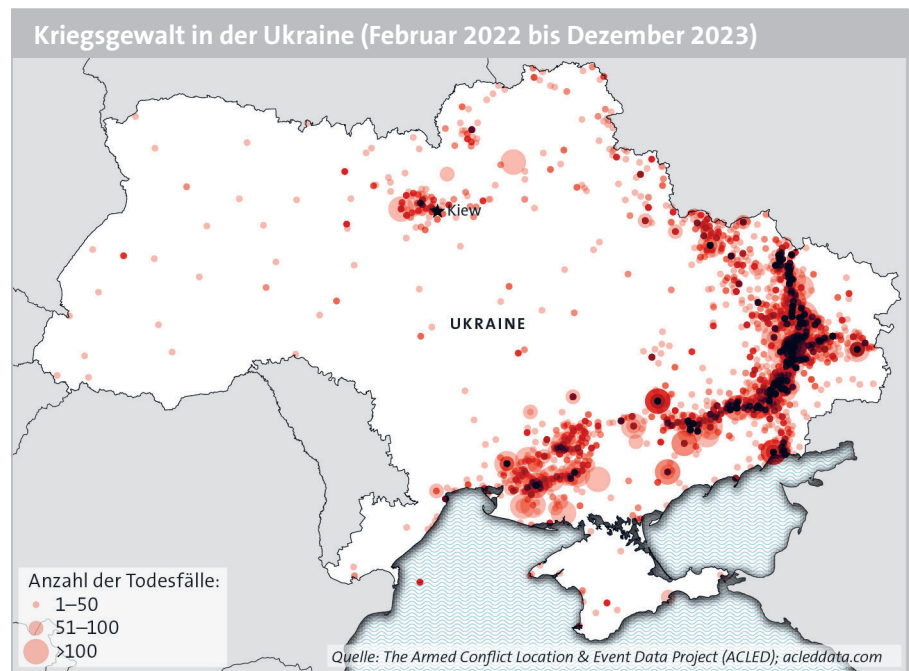
Die externe Dimension des Ukrainekriegs ist entscheidend. Teils zur Vermeidung einer direkten militärischen Eskalation mit Russland leisten die westlichen Unterstützer der Ukraine gerade genug militärische Hilfe für das Überleben des Kriegs, nicht jedoch für einen Sieg. Dies wurde bei der gross angekündigten, aber weitgehend erfolglosen Gegenoffensive 2023 überdeutlich. Die Debatte über den Umfang und die Art der Militärhilfe für die Ukraine wird auch vom Willen der ukrainischen Bevölkerung abhängen, insbesondere von der weiteren Bereitschaft zu kämpfen und davon, was letztlich ein akzeptables Ergebnis des Konflikts wäre.

Diese Analyse stellt drei Herausforderungen vor, die bei der Datenerhebung zur öffentlichen Meinung in Kriegszeiten auftreten. Kombiniert stellen sie eine Warnung vor einer zu naiven Interpretation der Umfragen dar und verlangen von den Nutzerinnen und Nutzern der Umfragedaten eine stärkere Sensibilisierung.

Die öffentliche Meinung

Der Rückhalt in der Bevölkerung ist eine wichtige Ressource für kriegsführende Länder. Autoritäre Staaten wie Russland können sich durch Einschränkungen der Medienlandschaft und repressive Massnahmen die Unterstützung der Öffentlichkeit sichern. Demokratien hingegen müssen die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten gegenüber der Wählerschaft rechtfertigen.

Die öffentliche Meinung war im Ukrainekrieg bereits ein wichtiger Faktor. Erstens führten der russische Angriff von 2014 und die gross angelegte Invasion im Februar 2022 dazu, dass sich die Ukrainerinnen und Ukrainer um die Flagge scharten (*rally-around-the-flag*). Der geschlossene ukrainische Widerstand überraschte viele. Dass das ukrainische Volk den Versuch Russlands, Kiew einzunehmen, im Februar 2022 abwehren konnte, zeugt von seiner Entschlossenheit und seiner Widerstandsbereitschaft. Putin hatte den ukrainischen Patriotismus und die Unterstützung für Wolodimir Selenski im Vorfeld seiner «militärischen Sonderoperation» unterschätzt. Westliche ExpertInnen, die eine rasche Niederlage der Ukraine vorhersagten, erlitten dem gleichen Irrtum.



Zweitens ist die öffentliche Meinung in der Ukraine inzwischen für beide Seiten ein wichtiges Instrument, um ihre Kriegsziele zu rechtfertigen. So schrieb der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson im Januar 2023 in der Washington Post, die Unterstützung für eine NATO-Mitgliedschaft in der Ukraine sei «stratosphärisch». Zur Begründung eines NATO-Aufnahmeprozesses zitierte Johnson eine Umfrage vom Oktober 2022, in der 83 Prozent der ukrainischen Befragten angaben, sie würden bei einem Referendum eine Mitgliedschaft unterstützen. Diese Umfrage war eine von vielen, die nach der gross angelegten russischen Invasion eine historisch hohe Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft verzeichneten.

Im September 2022 hielt Russland in den besetzten ukrainischen Gebieten Referenden ab. Laut Amnesty International fanden die Abstimmungen «mit vorgehaltener Waffe in Anwesenheit russischer Soldaten und ihrer Bevollmächtigten statt». Auch die internationale Gemeinschaft erachtete sie weitgehend als illegal. Gemäss dem offiziellen russischen Ergebnis hatten über 90 Prozent der Wahlbeteiligten in den Oblasten Cherson, Luhansk, Donezk und Saporischja für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt. Der ehemalige russische Premierminister und Präsident Dmitri Medwedew erklärte auf Telegram: «Die Ergebnisse sind eindeutig. Willkommen zu Hause in Russland!» Auf derselben

Plattform erklärte Medwedew im Mai 2022, dass sein Land «die Nichtanerkennung der neuen Grenzen [der Ukraine] durch die G7 nicht kümmert. Was zählt, ist der wahre Wille der dort lebenden Menschen.»

Wichtigkeit der öffentlichen Meinung

Warum werden Referenden durchgeführt, die von den meisten westlichen Beobachtern nicht ernst genommen werden? Dafür gibt es militärische Gründe. Aus den Ergebnissen folgt, dass die westliche Unterstützung der Ukraine nicht mehr nur gegen russische Streitkräfte erfolgt, die im Ausland operieren, sondern auch in Gebieten, die Russland für sich beansprucht. Das erhöht das Risiko einer Konflikteskalation und hält den Westen von weiterer Unterstützung ab. Die Referenden haben auch einen innenpolitischen Nutzen. Russland fördert mit diesen «Ergebnissen» die heimische Unterstützung für einen immer kostspieligeren Krieg. Letzten Endes rechtfertigt der angebliche Wille der Menschen in den besetzten Gebieten Russlands Kriegsziele.

Doch in Kriegszeiten sind Befragungen nicht nur für die gegnerischen Seiten wichtig. Für die internationale Gemeinschaft haben sie zwei wichtige Funktionen. Erstens nutzt man sie, um den humanitären Bedarf abzuschätzen, die Hilfsleistungen zu optimieren und die Massnahmen der Akteure zur Unterstützung der leidenden Zivilbevölkerung abzustimmen. So führt

die Internationale Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen Erhebungen durch, um die Bedürfnisse von Binnenvertriebenen zu ermitteln und den Bedarf an humanitärer Hilfe abzuschätzen. Ohne verlässliche Schätzungen aus den Umfragen würde in Kriegszeiten nur schwer Hilfe zu den Menschen und an jene Orte gelangen, die sie am dringendsten benötigen. Und das könnte letztlich Leben kosten.

Zweitens, und das ist der zentrale Punkt der vorliegenden Analyse, kann die internationale Gemeinschaft dank der Umfragen die Präferenzen und die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Kriegszielen mitverfolgen. Zwar sind sowohl die bedarfs- als auch die meinungsbasierten Umfragen mit den Herausforderungen behaftet, die in Kriegszeiten vorherrschen. Bei den Meinungsumfragen sind sie jedoch besonders deutlich. Diese Analyse skizziert die wichtigsten Herausforderungen an die Meinungsforschung, die im dritten Kriegsjahr zwischen Russland und der Ukraine an Bedeutung gewinnen wird, während die Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung stärker in den Fokus rücken.

Zugang des Umfragepersonals

Die erste Herausforderung für die Durchführenden ist der Zugang. Drei typische Umstände schränken in Kriegszeiten den Zugang ein. Erstens werden Gebiete oft von bewaffneten Gruppen kontrolliert, die dem Umfragepersonal den Zugang verweigern. Dies ist in der Ukraine der Fall. Die Meinungsforschenden haben keinen Zugang zu rund einem Fünftel des Landes.

Zweitens fliehen die Menschen vor Konflikten und sind schwer zu erreichen. Das historische Ausmass der Migration innerhalb und ausserhalb der ukrainischen Grenzen seit 2022 verringert die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme. Flüchtlinge – Menschen, die vor Konflikten über internationale Grenzen geflohen sind – sind besonders schwer zu befragen. Im Ukrainekrieg dürfen wir auch nicht ausser Acht lassen, dass viele Menschen gezwungen wurden, nach Russland zu gehen, oder freiwillig dorthin flüchteten.

Drittens ist eine Befragung in Gebieten mit aktiven Kampfhandlungen oft nicht möglich, da dies zu riskant ist für die Mitarbeitenden, die die Erhebungen physisch durchführen. In der Ukraine wurde dieses Problem 2022 besonders deutlich. Im zweiten Jahr des Konflikts entstand eine zunehmend statische Frontlinie, und die

Gewalt lokalisierte sich stärker. Dennoch bleibt die Datenerhebung in der Ukraine als Ganzes aufgrund der anhaltenden russischen Luftangriffe eine schwierige Aufgabe. Kurz gesagt bedeutet der eingeschränkte Zugang des Umfragepersonals, dass alle aktuellen Erhebungen in der Ukraine einen *Undercoverage* (Untererfassung) *Bias* haben.

Besonders problematisch wird diese Untererfassung in öffentlichen Meinungsumfragen über die Kriegsunterstützung, wenn die ausgeschlossenen Personen andere Präferenzen haben als die Teilnehmenden. Innerhalb der Ukraine gibt es eine regionale Kluft. Historisch gesehen tendierte die Bevölkerung in den östlichen und südlichen Teilen des Landes eher zu Russland, während jene im Westen eher westlich orientiert war. Laut neueren Untersuchungen verlor diese Kluft zwischen 2014 und 2022 an Bedeutung, da die Ukrainerinnen und Ukrainer vermehrt eine staatsbürgerliche nationale Identität annahmen. Aufgrund der Untererfassung kann derzeit keine Umfrage die Ansichten aller Ukrainerinnen und Ukrainer repräsentieren – viele von ihnen wurden vertrieben oder leben unter russischer Besatzung. Diese Situation ist besonders problematisch, weil Russland die östlichen und südlichen Regionen der Ukraine besetzt hält (siehe die Gebiete mit den grössten Häufungen an Todesopfern, auf Seite 2). Daher werden Befragte aus diesen Regionen sowie ihre aktuellen Präferenzen und inwiefern sie sich von denen anderer Regionen des Landes unterscheiden, bei Umfragen weitgehend ausgeklammert. Es gibt keine Lösung für die durch die russische Besatzung verursachte Untererfassung. Alle in der Ukraine durchgeführten Umfragen, auch jene, die von ehemaligen Premierministern zitiert werden, haben dieses Manko.

Die Umfrageteilnehmenden

Dort, wo Meinungsforschende Zugang haben, tritt ein zweites Problem auf: die Teilnahmeverweigerung. Dies kommt häufig vor und wird als *Unit-Nonresponse* (vollständiger Antwortausfall) bezeichnet. Tatsächlich zeigen Untersuchungen, dass die Verweigerung weltweit zunimmt. Meinungsforschungsinstitute greifen zunehmend auf finanzielle Anreize zurück, um die Teilnahmequoten zu erhöhen.

Unit-Nonresponse ist problematisch, wenn die Gründe für die Verweigerung mit dem Befragungsthema zusammenhängen, was zu einer *Unit-Nonresponse-Verzerrung* führen kann. Nehmen wir eine Umfrage,

Definitionen

Undercoverage (Untererfassung): Wenn ein Teil der Bevölkerung aus der Umfragestichprobe ausgeschlossen wird.

Unit-Nonresponse (vollständiger Antwortausfall): Wenn die Personen, die die Studienteilnahme verweigern, sich systematisch von jenen unterscheiden, die teilnehmen.

Item-Nonresponse (partieller Antwortausfall): Wenn eine Person an einer Studie teilnimmt und einige, aber nicht alle Fragen beantwortet.

Social desirability (soziale Erwünschtheit): Die Tendenz, Fragen so zu beantworten, dass es in den Augen anderer positiv erscheint.

die sich für die Meinungen von Menschen mit geringem Einkommen interessiert. Wenn die Teilnahmewahrscheinlichkeit bei dieser Einkommensgruppe niedriger ist, könnte das die Ergebnisse verfälschen. Genau das kann auch im Kontext von Konflikten der Fall sein. Nehmen wir das Beispiel der Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich gegen die NATO-Mitgliedschaft aussprechen. Wenn sie wegen des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine weniger geneigt sind, sich an Umfragen zum NATO-Beitritt zu beteiligen, könnte dies die Ergebnisse verzerren. In diesem Beispiel könnte die Umfrage den Eindruck erwecken, dass die Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft grösser scheint, als dies tatsächlich der Fall ist.

Es ist schwierig, die Auswirkungen von *Unit-Nonresponse* zu bewerten. Generell dienen Umfragen dazu, Daten von vielen Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt zu sammeln. Erhebungen bei denselben Befragten zu verschiedenen Zeitpunkten sind weniger üblich. Es ist unethisch, Daten von Personen zusammenzutragen, die eine Studienteilnahme ablehnen. Wenn jemand die Teilnahme verweigert, macht das Umfragepersonal daher nur einen entsprechenden Vermerk. Die Meinungsforschenden beurteilen dann anhand der Gesamtbeteiligungsquote, wie sich die *Unit-Nonresponse* im Laufe der Zeit verändert. Dies gilt auch für das Lewada-Zentrum, eines der wenigen seriösen Umfrageinstitute in Russland. Dort haben sich die Gesamtbeteiligungsquoten nicht wesentlich verändert. Daraus lässt sich schliessen, dass sich die *Unit-Nonresponse* wahrscheinlich nicht drastisch auf die Ergebnisse ihrer Erhebungen auswirkt.

Weiterführende Literatur

Dominique Arel / Jesse Driscoll, **Ukraine's Unnamed War: Before the Russian Invasion of 2022**, (Cambridge/New York: Cambridge University Press, 2022).

Janina Dill / Marnie Howlett / Carl Müller-Crepon, «**At Any Cost: How Ukrainians Think about Self-Defense Against Russia**», in *American Journal of Political Science* ajps.12832 (2023).

Onuch Olga / Henry E. Hale, «**Capturing Ethnicity: the Case of Ukraine**», in *Post-Soviet Affairs* 34:2–3 (2018), pp. 84–106.

Kit Rickard et al., **Polling During War: Challenges and Lessons from Ukraine**, (Helsinki: UNU-WIDER, 2023).

Allerdings haben sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen womöglich in unterschiedlichem Masse an den Umfragen beteiligt. So kann ein Krieg dazu führen, dass die einen die Teilnahme verweigern, während andere vermehrt dazu bereit sind. Wäre dies der Fall, würde die Gesamtbeteiligungsstatistik im Durchschnitt eine unbedeutende Veränderung der Gesamtbeteiligungsquote ausweisen.

Die erfassten Meinungen

Selbst wenn die Befragten zu Umfragen bereit sind, verschlimmern die Kriegsverhältnisse oft die Probleme, mit denen das Umfragepersonal ohnehin zu tun hat. Das erste Problem ist die *Item-Nonresponse*. Das heisst, die Befragten weigern sich, eine Frage zu beantworten, oder geben an, dass sie die Antwort «nicht wissen». Eine hohe *Quote an Item-Nonresponse* weist eventuell darauf hin, dass die Frage heikel ist. Das zweite Problem ist die Präferenzverfälschung. Die Teilnehmenden beantworten die Fragen so, dass sie nicht ihre tatsächlichen Präferenzen widerspiegeln.

Warum ist das so? Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. *Item-Nonresponse* ist häufig so zu erklären, dass Fragen unklar sind oder den Befragten das Wissen zu einem bestimmten Thema fehlt. Letzteres ist vor allem dann wahrscheinlich, wenn die Fragethemen eventuell Spezialwissen erfordern. *Item-Nonresponse* und

Präferenzverfälschung werden auch dadurch verschlimmert, dass die Befragten sich selbst in einem positiven Licht darstellen möchten. Dies ist als Verzerrung durch soziale Erwünschtheit (*social desirability bias*) bekannt.

Wegen der subjektiv wahrgenommenen Gefahr einer Bestrafung ist diese Art der Verzerrung in Kriegszeiten besonders ausgeprägt. Die Befragten können politisch heikle Fragen verweigern oder ihre Antworten nach dem richten, was sie für gesellschaftlich akzeptabel halten. In der Ukraine würden beispielsweise jene, die für Blockfreiheit sind, aus Gründen der sozialen Erwünschtheit trotzdem erklären, dass sie die NATO unterstützen.

Mögliche Schritte

Was kann angesichts dieser Herausforderungen unternommen werden? Erstens gibt es kein Allheilmittel gegen Untererfassung. Wenn man liest, in welchem Masse die NATO-Mitgliedschaft oder die Kriegsziele in der Ukraine unterstützt werden, muss einem also bewusst sein, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung von den Umfragen ausgeschlossen ist. Forschende haben die Pflicht, allfällige Unsicherheiten in ihrer Arbeit zu kommunizieren. Die Nutzerinnen und Nutzer dieser Umfragen müssen jedoch selbst ein Auge auf die Qualität der Meinungsforschung haben und wissen, dass Statistiken aus dem Zusammenhang gerissen werden können.

Zweitens deuten die bisherigen Untersuchungen darauf hin, dass die *Unit-Nonresponse-Verzerrung* derzeit keine grossen Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung in der Ukraine hat. Man muss sich dieser Herausforderung aber weiterhin bewusst sein, da sich die Lage ändern kann.

Schliesslich gibt es neue Erhebungsmethoden, mit denen *Item-Nonresponse-Verzerrungen* und *Präferenzverfälschungen* vermieden werden können. Bei richtiger Anwendung können sie genauere Statistiken liefern. Sie beruhen häufig auf einer Form der Randomisierung, ähnlich wie bei medizinischen Studien, bei denen die Patientinnen und Patienten nach dem Zufallsprinzip in Gruppen aufgeteilt werden. Einige erhalten ein neues Medikament und

andere ein Placebo. Bei Umfragen wird diese Methode oft in Form unterschiedlich formulierter Fragen angewendet. Die Unterschiede zwischen den Antworten beider Gruppen können dann ein genaues Mass für heikle Themen wie die NATO-Mitgliedschaft liefern. Diese Techniken mögen zwar zukunftsweisend sein, sind aber auch kostspielig in der Umsetzung und werden bei Meinungsumfragen nur selten eingesetzt.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die öffentliche Meinung im Krieg entscheidend ist. Der Wille des ukrainischen Volkes war entscheidend für den Widerstand gegen die russische Invasion im Februar 2022. Die politischen Eliten beider Seiten des Konflikts behaupten nun, im Namen des ukrainischen Volkes zu handeln. Das ukrainische Volk und die westliche Allianz, die es unterstützt, zeigen erste Anzeichen von Kriegsmüdigkeit. Der Wille jener, die dieser brutale Konflikt am härtesten trifft, wird bei den Diskussionen über die Bereitstellung militärischer Unterstützung und einen hinnehmbaren Ausgang des Krieges eine zentrale Rolle spielen.

Unter dieser Perspektive ist es für politische Entscheidungstragende und Fachleute wichtig, Meinungsdaten mit Vorsicht zu geniessen. Aus den hier dargelegten Gründen – darunter Herausforderungen wie Untererfassung, *Unit- und Item-Nonresponse* und *Präferenzverfälschung* – besteht ein hohes Mass an Unsicherheit bezüglich der öffentlichen Meinung in der Ukraine. Es ist Sache der (Meinungs-)Forschenden, Methoden anzuwenden, die diese Einschränkungen überwinden, und bezüglich des Grads der Unsicherheit transparent zu sein. Aber auch die Nutzerinnen und Nutzer der Umfrageergebnisse tun sich selbst einen Gefallen, wenn sie solche Informationen mit einer gesunden Portion Skepsis betrachten.

Für mehr zu Perspektiven zu Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Dr. Kit Rickard ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeber Fabien Merz
Lektorat: Sophie Reiners
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni, Rosa Guggenheim

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Geopolitische Auswirkungen des Berg-Karabach-Konflikts Nr. 334
Neue Dimensionen der Weltraummilitarisierung Nr. 333
Hybrider Krieg: Vorstellung und Wirklichkeit Nr. 332
Mediationsunterstützung: Strukturen und Rollen Nr. 331
UNO-Friedenssicherung Nr. 330
Zielkonflikte der Bundeswehrplanung Nr. 329

© 2024 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000658125